

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/01/2010
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Dienstag, 09.02.2010
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Bestellung der Schriftführerin und ihrer Stellvertreter
Vorlage: 0056/2010
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Mitteilungen
4. Bericht der ARGE über die Entwicklung 2009 und zur Neuorganisation 2011
5. Berufung von Mitgliedern des Sozialausschusses in die Hagener Gesundheitskonferenz
Vorlage: 0880/2009
6. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Bestellung der Schriftführerin und ihrer Stellvertreter
Vorlage: 0056/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Beschluss:

Der Sozialausschuss bestellt für die Wahlzeit des Rates zur Schriftführerin

Frau Sabine Hoglebe

und als

- | | | |
|----|--------------|-----------------------|
| 1. | Vertreterin: | Frau Mechthild Liley |
| 2. | Vertreter: | Herrn Mario Schöffler |
| 3. | Vertreterin: | Frau Liane Meyer |

Umsetzung: sofort

Abstimmungsergebnis:

☒ Einstimmig beschlossen

2. Feststellung der Tagesordnung

Frau Priester-Büdenbender begrüßt die Anwesenden und fragt, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt.

Frau Buchholz fragt, ob in dieser Sitzung die Verpflichtung der sachkundigen Bürger vorgenommen würde.

Frau Priester-Büdenbender verpflichtet daraufhin die sachkundigen Bürger und bedankt sich bei Frau Buchholz für den Hinweis.

3. Mitteilungen

Herr Steuber erklärt, dass heute ein wichtiger Tag für drei Familien sei, die vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Höhe der Regelsätze bei Hartz IV geklagt hätten.

Das Bundesverfassungsgericht habe heute entschieden und der Klage insoweit stattgegeben, dass die Regelsätze, wie sie jetzt strukturiert seien, nicht mit der Verfassung in Einklang stünden. Die Regelsätze seien verfassungswidrig, blieben aber bis zum Jahresende in Kraft. Ab 01.01.2011 müsse eine Neuregelung erfolgen. Bis dahin könnten knapp 7 Millionen Betroffene – in Hagen 23.000 - ergänzende Leistungen beanspruchen, soweit dies zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums erforderlich sei.

Weiterhin informiert er darüber, dass man seit einigen Monaten Gespräche mit der Diakonie Südwestfalen führe. Die Diakonie Südwestfalen sei Träger diverser Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser im südwestfälischen Bereich. Unter anderem betreibe sie die Suchtklinik in Elsey. Man habe den Auftrag, die Gemeindenahe Therapie in eine andere Trägerschaft zu übergeben. Die Gespräche seien positiv verlaufen und die Trägerschaft solle bis zum Ende des Jahres übergehen.

Als letzten Punkt erinnert er an das erklärte Ziel der Landesregierung, Pflegestützpunkte einzurichten. Auch in Hagen sollten 2 bis 3 Pflegestützpunkte eingerichtet werden. Die Gespräche mit den Pflegekassen ließen sich nicht erfolgreich fortführen. Dies läge nicht an dem guten Willen der Beteiligten. Es sei erforderlich, personelle Ressourcen in den Standorten zusätzlich bereitzustellen. Dies sei für eine Kommune wie Hagen zurzeit nicht möglich. Man sei jetzt auf dem Weg, dass Kooperationsvereinbarungen in Frage kommen könnten. Von daher werde es die Einrichtung von Pflegestützpunkten in Hagen in absehbarer Zeit nicht geben.

Herr Dr. Schmidt ergänzt, dass es sich hierbei auch nicht um eine rechtliche Verpflichtung der Kommune handele.

4. Bericht der ARGE über die Entwicklung 2009 und zur Neuorganisation 2011

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kaus-Köster erläutert den Bericht der ARGE über die Entwicklung 2009, der als Tischvorlage ausgelegt wurde (**siehe Anlage 1 zu TOP 4**).

Sie bittet, ihr ggf. zukünftig vor Erstellung eines Berichtes mitzuteilen, welche Informationen und Daten für die Mitglieder des Sozialausschusses besonders interessant seien.

Zur Neuorganisation der ARGE bittet sie, Herrn Dr. Schmidt und Herrn Steuber in ihrer Funktion als Trägervetreter anschließend näher auf dieses Thema einzugehen.

Herr Reinhardt möchte bezüglich der Unterkunftskosten wissen, ob man im Rahmen der Betriebskostenabrechnung eine automatische Kontrolle habe, insbesondere in den Fällen, in denen ein Guthaben bestehe. In welchem Umfang leiste die ARGE unmittelbar die Unterkunftskosten und wann werde direkt an den Hilfeempfänger ausgezahlt? Wie gehe man mit der Problematik der Mietminderungen um?

Frau Küper antwortet, dass die Betriebskostenabrechnung jährlich vorgelegt werden müssten. Bei bestehenden Guthaben würden diese angerechnet.

Zur zweiten Frage führt sie aus, dass gesetzliche Grundlage gewesen sei, die Unterkunftskosten grundsätzlich direkt an den Kunden auszusahlen. In Ausnahmefällen sei direkt an den Vermieter ausgezahlt worden. Das habe sich in der Praxis nicht bewährt. Dann sei nachgesteuert worden. Auf Initiative von Frau Kaus-Köster sei ein Verfahren entwickelt worden, dass, wenn der Mieter es wünsche, die Miete direkt an den Vermieter überwiesen würde. In der Praxis sei es so, dass oft davon Gebrauch gemacht würde. Es sei jedoch eine freiwillige Sache, die nur mit Einverständnis des Kunden gemacht würde. Bei Feststellung von Gründen, die eine Mietminderung rechtfertigten, würde auch vom Instrument der Mietminderung Gebrauch gemacht. Das käme allerdings in der Praxis selten vor.

Herr Reinhardt führt dazu aus, dass er in der Praxis andere Erfahrungen gemacht habe, insofern, dass die Miete in voller Höhe von der ARGE gezahlt würde, obwohl Gründe zur Mietminderung vorlägen. Vom Amtsgericht würde dabei teilweise die Auffassung vertreten, der Mieter könne die Miete nicht mindern, da ihm kein Schaden entstünde, da die Miete von der ARGE gezahlt würde.

Dr. Schmidt informiert über die bisherige Praxis, die Miete nach Quadratmetern pro Person zu berechnen. Bislang rechne man mit rund 45 qm. Die entsprechende mit dem Mietspiegel korrespondierende Größe sei 4,40 €. Es gebe nunmehr neue Richtlinien. Diese gingen in ganz Nordrhein-Westfalen von 50 qm aus und für jede weitere Person 15 qm.

Wenn man diese neuen Zahlen auf alle Berechtigten hochrechnen würde, käme man bei 14000 Fällen zu 3.718.700 € potentiellen Mehrkosten für die Stadt Hagen, die sich zu den ca. 47 Millionen € addierten, die man im Moment für die Unterkunftskosten aufwende.

Im Moment überprüfe man in der Verwaltung all die Dinge im Hinblick auf Konnexität, die vom Land auf die Kommune übergängen. Man versuche, vom Land die Kosten erstattet zu bekommen, auf die man als Kommune keinen Einfluss habe. Man rechne sich jedoch keine großen Chancen aus, damit erfolgreich zu sein. Das sei vermutlich ein weiteres Beispiel dafür, wie das Land Konnexität nicht beachte.

Frau Buchholz berichtet, ihr sei bei dem Bericht der Agentur für Arbeit aufgefallen, dass die Fallzahlen beim ALG I – Bezug deutlich angestiegen seien. Wenn diese keine neue Arbeit fänden, sei damit zu rechnen, dass diese Menschen dann in den SGB II – Bezug kämen. Es sei damit realistisch, dass der früher erwartete Anstieg der Hartz IV- Fälle noch käme. Wie bereite die ARGE sich darauf vor?

Weiterhin wüsste sie gern, für welche Zielgruppen die Maßnahmen ausgerichtet seien.

Wie sei die Veränderung zum letzten Jahr? Wie gehe die ARGE mit dem Beschäftigungszuschuss um? Dieser sei ja ursprünglich für zwei Jahre befristet gewesen. Würde dieses Instrument dauerhaft weiter eingesetzt?

Frau Kaus-Köster greift die Anregung von Frau Buchholz bezüglich des Eingliederungstitels der ARGE auf. Dies solle man als eigenes Thema behandeln. Dann könne Frau Oehl als Fachbereichsleiterin im Sozialausschuss Rede und Antwort stehen. Bezüglich der Prognosen teilt sie mit, dass diese kontinuierlich bis Dezember gemacht worden seien. Man habe sich gut auf den Ansturm vorbereitet, der jetzt auf die ARGE zukomme. Beim Beschäftigungszuschuss stünden weit weniger Mittel zur Verfügung, als man erwartet habe. Man werde jetzt jeden Einzelfall sorgfältig prüfen, inwieweit man diesen dauerhaft bezuschussen könne.

Frau Sauerwein fragt, ob es eine Übersicht der „Aufstocker“ gebe? Außerdem wüsste sie gern, wie viele Arbeitsgelegenheiten es in welchen Bereichen gebe. Weiterhin erklärt sie, dass sie das Problem bei der ARGE sehe, dass es eine weite Spanne gebe zwischen denjenigen, die drei Stunden arbeiten könnten und denjenigen, die voll belastbar wären. Wie gehe man damit um? Sie bittet, diese Frage zukünftig einmal zu behandeln.

Frau Kaus-Köster antwortet, dass es Leistungen für Menschen mit Behinderungen gebe. Es gäbe zum Beispiel spezielle außerschulische Ausbildungen und Maßnahmen bei Trägern, die die ARGE einkaufe. Sie bietet an, diese Frage schriftlich zu beantworten. Dies gelte auch für die Frage nach den Arbeitsgelegenheiten. Welcher Träger welche Arbeitsgelegenheiten in Form von Mehraufwandsentschädigung oder im Rahmen von Entgelt, werde schriftlich nachgereicht (**siehe Anlage 2 zu TOP 4**)

Bezüglich der Frage nach den sogenannten „Aufstockern“ habe sie die Zahl in Höhe von ca. 1.200 Fällen aus Dezember 2009. Die genaue Zahl werde sie auch nachliefern.

Herr Ciupka führt aus, dass die ARGE sowohl aus Mitarbeitern der Bundesagentur, als auch aus städtischen Mitarbeitern bestehe. Er habe Rückmeldung über dieses schwierige Arbeitsumfeld bekommen. In Richtung von Frau Kaus-Köster fragt er, ob sie diese Problematik auch wahrnehme. Er fragt sich, ob es besser wäre, die ARGE als Dienstherrn für alle zu installieren. Es müsse doch für Frau Kaus-Köster schwierig sein, Geschäftsführerin der ARGE zu sein und trotzdem nicht immer unmittelbar auf die Mitarbeiter einwirken zu können oder Anweisungen zu erteilen.

Frau Kaus-Köster antwortet, dass sie als Geschäftsführerin allparteilich für beide Träger sei. Bezogen auf seine Frage und die Zukunft der ARGE würde sie sich nicht äußern wollen. Da gebe sie das Wort lieber an Herrn Dr. Schmidt oder an Herrn Steuber als Vertreter der kommunalen Träger weiter.

Herr Dr. Schmidt schlägt vor, zunächst den Bericht abzuschließen und dann auf dieses Thema einzugehen.

Frau Priester-Büdenbender schließt sich dem Vorschlag an, den Bericht zunächst abzuschließen, um dann auf die Neuorganisation der ARGE einzugehen.

Herr Hentschel möchte wissen, wie viel Menschen in Hagen derzeit in Kurzarbeit seien. Er ist damit einverstanden, die Antwort schriftlich zu erhalten.

Stellungnahme des Pressesprechers der Agentur vom 10.02.2010:

„Nach den letzten verbrieften Daten über Leistungsempfänger Kurzarbeitergeld waren es in Hagen **5678 Kurzarbeiter in 261 Betrieben** (Stand September 2009).

Seitdem ist die Zahl der Betriebe, die Kurzarbeit zumindest angezeigt haben, auf aktuell 334 gestiegen (alles ohne Saison-Kug, also ohne Baubetriebe). Die Zahl der Arbeitnehmer, die dann tatsächlich kurzarbeiten, kann erst mit mehrmonatiger Verspätung nach Auswertung der Abrechnungslisten ermittelt werden.

Der Realisierungsgrad liege häufig nur bei ca. 50-60 Prozent. Aktuelle Informationen aus der Fachabteilung zufolge ist zwar die Zahl der anzeigenden Betriebe in Hagen gesunken, aber die Zahl der hierbei angegebenen möglichen Kurzarbeiter insgesamt deutlich gesunken.

Nach alledem sehe ich mich außerstande, eine belastbare qualifizierte Schätzung des derzeitigen Kurzarbeiterstandes abzugeben. Vermutlich ist dieser gegenüber September 2009 eher gesunken“.

Herr Hentschel bittet außerdem zum Projekt „Joboffensive“ um Mitteilung, wie viele Menschen in Hagen in dieses Projekt gekommen seien. Was sei dabei Zugangsvoraussetzung gewesen?

Frau Kaus-Köster antwortet, dass für das Thema „Kurzarbeit“ die Agentur für Arbeit zuständig sei.

Bezüglich der letzten Frage von Herrn Hentschel bezüglich des Projektes könne sie an dieser Stelle keine Auskunft zur aktuellen Zahl geben. Sie sagt zu, diese Information nachzuliefern (**siehe Anlage 2 zu TOP 4**). Sie wisse nicht, wie viele Menschen bis zum 01.02.2010 schon in Vermittlung seien. Angestrebt sei eine Zahl in Höhe von 220 bis zum Ende des Jahres.

Herr Steuber berichtet, dass das Kurzarbeitergeld und die Situation rund um die Kurzarbeit in Hagen vor wenigen Tagen Thema im Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit gewesen. Es gebe viele Fragen rund um dieses Thema. Im September 2008 seien die ersten Anträge gestellt worden. Die Spitze habe man dann im März 2009 erreicht. Man habe in den beiden Arbeitsamtsregionen für

fast 20.000 Arbeitnehmer Anträge vorliegen gehabt. Zwischen dem Antrag und der Inanspruchnahme läge unter Umständen ein langer Zeitraum. Die Agentur sei nicht in der Lage gewesen, mitzuteilen, wie viele Fälle es in Hagen und wie viele es im Ennepe-Ruhr-Kreis seien.

Es sei zugesagt worden, dass die Mitglieder des Verwaltungsausschusses die Zahlen im Protokoll nachgeliefert bekämen.

Man gehe davon aus, dass insbesondere im Bereich der Automobilzulieferindustrie in Hagen eine große Problematik entstehen werde. Es werde erwartet, dass sich dies gegen Ende des Jahres in der Arbeitslosigkeit in Hagen erheblich bemerkbar machen werde. Das könne mit Zeitverzug dazu führen, dass die ARGE auch davon betroffen sein werde und die Leistungszahlen erheblich steigen würden.

Frau Priester-Büdenbender leitet zum Thema Neuorganisation der ARGE über.

Herr Dr. Schmidt führt aus, dass die Zukunftskommission den Bereichen Sport und Soziales ein Einsparvolumen in Höhe von 3 Millionen Euro auferlegt habe. Dieser Betrag müsse in den einzelnen Produktansätzen verteilt werden. Diese Zahl müsse in internen Runden zur Debatte gestellt werden, was nicht heiße, dass man die Ansprüche der Politik nicht erfüllen wolle.

Es gebe eine Diskussion mit dem Bund bezüglich der prozentualen Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten, die dieser in den nächsten Jahren weiterhin absenken wolle. Bislang würden in Nordrhein-Westfalen ca. 23 % der Unterkunftskosten erstattet. Bei den städtischen Ausgaben bestehe ein Risiko, wenn der Bund die Höhe der Erstattung weiter runterfahre.

Weiterhin gebe es Auseinandersetzungen mit dem Land bezüglich der Wohngeldförderung. Eigentlich solle das, was an Ersatz an Hagen gezahlt werden solle, ca. 4 Millionen Euro betragen. Im Moment erhalte man gar nichts. Hagen sei eine der wenigen Kommunen, die vom Land mit 0 Euro bedacht werde. Hier streite man mit dem Land um die letzten drei Jahre der Zahlung. Das seien alles erhebliche Unsicherheitsfaktoren, die die Zahlen stark in die eine oder andere Richtung verändern könnten.

Er hoffe, wenn die Jobcenter in der momentanen Form bestehen blieben, dass entsprechende Prozentsätze der Refinanzierung in etwa gleich blieben. Im Moment refinanziere der Bund 87,4 % und die Kommunen trügen 11,6 % der entstehenden Personal- und Sachkosten. Es wäre natürlich ein weiterer Unsicherheitsfaktor, wenn sich diese Prozentsätze bei der Diskussion um die Weiterführung der Jobcenter verändern würden.

Im Moment sähe es so aus, als wenn es zu einer Grundgesetzänderung käme, damit die Jobcenter in der bisherigen Form der Zusammenarbeit weitergeführt werden könnten.

Zu der Frage von Herrn Ciupka erklärt er, dass es in den ersten beiden Jahren schwierig gewesen sei, weil sehr unterschiedliche Verwaltungskulturen aufeinandergeprallt seien.

Mittlerweile habe sich das Klima deutlich verbessert. Man habe gestern zusammengesessen und alle Möglichkeiten der Weiterführung der ARGE durchgespielt. Die Tendenz gehe ganz klar in eine Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit. Es könne sich gut vorstellen, dass eine eigene Rechtsform möglich wäre, zum Beispiel eine Anstalt öffentlichen Rechts. Auch die Agentur für Arbeit begrüße diese Entscheidung.

Er gehe davon aus, dass sich die Dinge jetzt sehr schnell entwickeln müssten. Die Praxis spreche auf jeden Fall für eine Fortsetzung in der bisherigen Form.

Frau Buchholz fragt nach, ob man auf alle Fälle der Neuorganisation vorbereitet sei.

Ihrer Fraktion sei wichtig, dass die Kommune weiterhin beteiligt sei. Sie fragt, wie das formal laufe, wenn eine Regelung des Bundes vorliege. Müsse das im Rat beschlossen werden? Seien trotz des festgelegten Datums der Änderung zum 01.01.2011 Übergangsregelungen denkbar und möglich?

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass man gestern beschlossen habe, dass es eine Forderung sein müsse, im Zweifel Übergangsfristen zu erlauben. Man habe auch Worst-Case-Szenarien durchdiskutiert. Er möge sich gar nicht vorstellen, was dann auf die Kommune zukäme.

Frau Priester-Büdenbender bedankt sich bei den Vertreterinnen der ARGE für den Bericht.

5. **Berufung von Mitgliedern des Sozialausschusses in die Hagener Gesundheitskonferenz** **Vorlage: 0880/2009**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Priester-Büdenbender bittet um Vorschläge.

Zunächst stellt sich die Frage, ob auch Fraktionsangehörige, die nicht Mitglied des Sozialausschusses sind, benannt werden können.

Da das nicht möglich ist (**siehe Anmerkung der Schriftführerin**), werden folgende Mitglieder des Sozialausschusses als Mitglieder in die Hagener Gesundheitskonferenz benannt und vom Ausschuss bestätigt:

Beschluss:

1. Nach § 24 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst vom 25. November 1997, zuletzt geändert durch Art. 3 Berufsanerkennung ÄnderungsG vom 20. 11. 2007 (GV. NRW. S. 572, GV. NW. S. 430), gehören der Kommunalen Gesundheitskonferenz Mitglieder des für Gesundheit zuständigen Ausschusses des Rates an.
2. der Rat wählt für die laufende Wahlzeit zu Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz im Sinne von Punkt 1:

Mitglied		Stellvertreter/in	
Reinhardt, Werner	CDU-Fraktion	Cramer, Marianne	CDU-Fraktion
Strüwer, Willi	CDU-Fraktion	Fischbach, Hannelore	CDU-Fraktion
Priester- Büdenbender , Petra	SPD-Fraktion	Kramps, Brigitte	SPD-Fraktion
Sauerwein, Ruth	Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	Beuth, Oliver	Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Helling, Katrin	FDP-Fraktion	Bergenthal, Anna	FDP-Fraktion
Böcker, Karl-Heinz	Fraktion Hagen Aktiv	Müller, Klemens	Fraktion Hagen Aktiv

3. Aus der Mitarbeit in der Hagerer Gesundheitskonferenz scheiden aus:
 - Agentur für Arbeit
 - Kinder- und Jugendbüro (Fachbereich Jugend und Soziales)
4. Neu arbeiten in der Hagerer Gesundheitskonferenz mit:
 - Gleichstellungsstelle der Stadt Hagen
 - Fachbereich Jugend und Soziales

Anmerkung der Schriftführung:

Nach § 24 Abs. 1 ÖGDG gehören der Kommunalen Gesundheitskonferenz Mitglieder des für Gesundheit zuständigen Ausschusses des Rates an. Daraus ergibt sich, dass zu Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz **nur Mitglieder aus dem Kreis des Sozialausschusses** gewählt werden können.

Abstimmungsergebnis:

☒ Einstimmig beschlossen

Herr Söhnchen fragt, wann die Mitglieder für die Pflegekonferenz benannt werden müssten.

Herr Dr. Schmidt geht davon aus, dass das für die nächste Sitzung des Sozialausschusses vorgesehen sei.

6. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Herr Söhnchen bittet im Namen der SPD-Fraktion, zukünftig wieder regelmäßig einen Bericht aus der Senioren- und Behindertenarbeit mit aufzunehmen.

Frau Sauerwein bittet um einen schriftlichen Bericht zur Entwicklung der Rente nach Grundsicherung (**siehe Anlage zu TOP 6**).

Ende des öffentlichen Teiles: 17.10 Uhr

gez. P. Priester- Büdenbender
Vorsitzende

gez. S. Högge
Schriftführerin